Hier finden Sie in der Regel am Mittwoch und am Samstag einen Überblick über interessante Videobeiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie anschauen wollen. Die Videohinweise sind auch auf unserer YouTube-Seite als spezielle Playlist verfügbar. Auch für die Rubrik „Musik trifft Politik“ (erscheint an jedem Mittwoch) gibt es eine eigene Playlist (CG)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Das Ende der Antibiotika? Panorama – die Reporter
2. Wasserstofftechnologie – zu Unrecht in der Nische
3. Hongkong
4. Tausendundeine Heuchelei: Bundesregierung als “Ausbilder ” zurück in Saudi-Arabien
5. Bundespressekonferenz
6. 10 Jahre Kundus: Bundesregierung rechtfertigt Bombardierung von Zivilisten mit alten Lügen
7. John Bolton Fired Over Libya Policy Or Taliban?
8. Vor 75 Jahren in Dachau ermordet: Mitglieder des sowjetischen Widerstands in Süddeutschland
9. Rolf Geffken: Trotz Putin? Russisches Arbeitsrecht scheut keinen Vergleich
10. Kabarett, Satire, Comedy und Co.

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Beiträge einverstanden sind. Sie können uns bei der Zusammenstellung der Videohinweise unterstützen, indem Sie interessante Fundstücke an die Adresse videohinweise@nachdenkseiten.de schicken. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Das Ende der Antibiotika? Panorama – die Reporter**
   Ohne den Einsatz von Antibiotika stünde die gesamte moderne Medizin auf dem Spiel. Infektionen wären nicht mehr behandelbar, Operationen und Krebsbehandlungen kaum mehr möglich.
   Doch überall verbreiten sich resistente Keime, die vorhandenen Wirkstoffe verlieren so ihre Wirkung. Schon heute sterben pro Jahr etwa 33.000 Menschen in der EU an Infektionen mit resistenten Keimen, Tendenz steigend. Deshalb sind dringend neue Antibiotika nötig.
   Doch die großen Pharmakonzerne steigen nach und nach aus der Antibiotikaforschung

aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Vereinten Nationen (UN) warnen inzwischen eindringlich vor einer Ära ohne Antibiotika. Experten schätzen: 2050 könnten weltweit zehn Millionen Menschen sterben, mehr als heute an Krebs.
Quelle: NDR, 17.09.2019

Tödliche Gefahr: Das Ende der Antibiotika?
Es ist eine der größten, globalen Gefahren: Resistente Keime breiten sich aus. Antibiotika verlieren zunehmend ihre Wirkung. Aber die Pharmakonzerne stoppen die Forschung an neuen Mitteln.
von Christian Baars, Oda Lambrecht
Quelle: Panorama, NDR, 12.09.2019

Entwicklung von Antibiotika – Eine Katastrophe mit Ansage
Interview mit Christian Baars, NDR, zum Forschungsstopp an neuen Antibiotika
Quelle: tagesschau.de, 12.09.2019

Erhellendes zum Thema auch von Daniel Harrich bei "KenFM im Gespräch" vom 02.12.2018 bei Minute 18:20.

2. **Wasserstofftechnologie – zu Unrecht in der Nische**
   Wasserstoff soll bei der Energiewende die Zukunft gehören. Das Dilemma: Bisher werden nur Einzelprojekte von der Bundesregierung gefördert. Die erfolgreiche Technologie fristet ein Nischendasein.
   Quelle: Panorama 3, NDR, 11.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

3. **Hongkong**
   - **Der Feind meines Feindes: Pro-USA Demonstration in Hongkong**
     Am letzten Wochenende gingen die Proteste in Hongkong weiter. Am Sonntag kam es zu einer großen Demonstration zur Botschaft der USA mit der Forderung an den US-Kongress, den „Hongkong Human Rights and Democracy Act" zu

unterzeichnen. Die Demonstranten zogen mit sehr vielen US-amerikanischen Flaggen durch das Zentrum von Hongkong und hoffen dadurch Druck auf die chinesische Regierung zu erhöhen, die demokratischen Rechte in Hongkong zu respektieren. Dieser Akt ist allerdings eingebettet in der aktuellen Konflikt zwischen der Trump Regierung und China und der anlaufenden Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Großmächten: es droht ein weiterer aggressiver Schritt der der USA gegen China. Der Konflikt um die freiheitlichen Rechten und die soziale Schieflage in Hongkong wird hier zum Puzzelstück eines geopolitischen Großkonflikts. "Der Feind meines Feindes ist mein freund", diese Logik bestimmte heute die Proteste in Hongkong. Nach der Demonstration kam es, wie auch am Vorabend, zu Auseinanderstzungen zwischen Polizei und Demonstranten, das U-Bahn Netz wurde geschlossen, viele Straßen wurden blockiert und der Verkehr brach im Zentrum und Westen der Hauptinsel für mehrere Stunden zusammen. Es bleibt zu hoffen, dass sich nicht alle auf den Straßen von Hongkong vor den Karren der außenpolitischen Agenda der Trump-Regierung spannen lassen.
Quelle: Kommon, 09.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung Jens Berger: *Das Video zeigt die wirklich erschreckende Naivität vieler Demonstranten in Hongkong.*

- **Hongkonger Demonstranten geben vor laufender Kamera zu: "Gewalt ist eine unserer Methoden"**
  Quelle: RT Deutsch, 10.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Farbrevolution jetzt auch in Hongkong?**
  Quelle: 451 Grad, 10.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Lesen Sie hierzu auch auf den NachDenkSeiten "'Hongkong-Held' oder US-Marionette?", "Hongkong – der neue Systemkonflikt" und "Massenproteste in Hong Kong – zwei Dokumente zur Debatte".

4. **Tausendundeine Heuchelei: Bundesregierung als "Ausbilder " zurück in Saudi-Arabien**
   Der Fall des ermordeten Exil-Journalisten Kashoggi harrt weiterhin seiner offiziellen Aufklärung. Für die Bundesregierung ist aber genug Zeit vergangen, um die "Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich" mit Saudi-Arabien wieder aufzunehmen. Die Konkurrenz schläft bekanntlich nicht.
   Im Zuge der Ermordung des Exil-Journalisten Jamal Kashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Instanbul war das Training und die Beratung saudischer Grenzschützer durch die Bundespolizei im Oktober 2018 ausgesetzt worden.
   Die Untersuchungen im Mordfall sind nach wie vor nicht abgeschlossen und die Bundesregierung erwartet einen "transparenten" und "rechtsstaatlichen" Ablauf des Verfahrens. Trotzdem ist nach elf Monaten nun offensichtlich der Zeitpunkt gekommen, um die "Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich" mit der autokratischen Monarchie wieder aufzunehmen.
   Die besonders engen Verbindungen mögen auch erklären, warum das repressive Königreich am Persischen Golf für die hiesigen politischen Entscheidungsträger und ihre Sprecher kein "Regime" darstellt.
   Ohnehin ist die politische Situation in Saudi-Arabien laut Regierungssprecher Steffen Seibert "komplex". Da gibt es einmal dutzende geköpfte Regimekritiker, aber

andererseits eben die Tatsache, dass Frauen nun u.a. Auto fahren dürfen. Das verbietet demnach “schwarz-weiß-Malerei”.
Diese betreibt man als Bundesregierung bei Staaten die nicht zu den eigenen “strategischen Partnern” zählen allerdings selbst exzessiv, wie die Beispiele Libyen, Syrien und Venezuela allzu deutlich veranschaulichen. Dort ist man bei der Verurteilung der “Regime” alles andere als zurückhaltend.
Es ist davon auszugehen, dass die Wiederaufnahme der “Ausbildungsmission” nur den Auftakt bildet, zur Wiederbelebung der Milliardengeschäfte mit dem Haus Saud und dessen Kronprinz Mohammed bin Salman.
Dieser ist auch Herr über die saudische Militärkoalition im Jemenkrieg, an dem sich indirekt durch “europäische Gemeinschaftsprojekte” im Rüstungsbereich auch die Bundesrepublik beteiligt. Laut UN “könnten” sich die USA, Frankreich, und Großbritannien durch ihre nachrichtendienstliche und militärtechnische Unterstützung Saudi-Arabiens im Jemenkrieg der Komplizenschaft bei der Verübung von Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben.
Business as usual.
Quellenverzeichnis in der Videobeschreibung.
Quelle: RT Deutsch, 11.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

BPK zu Wiederaufnahme der Kooperation mit saudischen Sicherheitskräften: “In unserem Interesse”
Nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi hatte die Bundesregierung die Kooperation mit saudischen Sicherheitskräften ausgesetzt. Nun will Berlin die “strategische Partnerschaft im Sicherheitsbereich” wieder aufnehmen. Das führte zu zahlreichen Nachfragen auf der BPK.
Quelle: RT Deutsch, 09.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

5. **Bundespressekonferenz**
   - **BPK: Bundesregierung hat kein Interesse an Streichung der Feindstaatenklausel aus UN-Charta**
     Die Feindstaatenklauseln besagen, dass gegen Feindstaaten des 2. Weltkrieges (Deutschland und Japan) Zwangsmaßnahmen verhängt werden können, wenn diese "eine aggressive Politik" verfolgen. Die Klauseln sind noch immer Teil der geltenden UN-Charta. RT fragt auf der BPK nach.
     Die sogenannten "Feindstaatenklauseln" wurden 1945 als Übergangsregelungen in die UN-Satzung aufgenommen. Mit den Klauseln sollte unter anderem dem Sicherheitsbedürfnis der Siegermächte gegenüber den Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges – insbesondere auch gegenüber Deutschland – Rechnung getragen werden.
     Ein öffentlich zugängliches Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD) führt unter dem Titel "Überleitungsvertrag und Feindstaatenklauseln im Lichte der völkerrechtlichen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland" diesbezüglich aus: "Innerhalb der Völkerrechtswissenschaft werden die "Feindstaatenklauseln" als "obsolet" angesehen. Dabei ist umstritten, ob die Klauseln dadurch gegenstandslos geworden sind, dass die ehemaligen Feindstaaten mit der Zeit sämtlich den Vereinten Nationen beigetreten sind und dadurch ihren Status als "Feindstaat" verloren haben oder ob der Aussagegehalt der beiden Normen nach dem Beitritt eines ehemaligen "Feindstaates" zu den Vereinten Nationen von den Grundsätzen der souveränen Gleichheit gem. Art. 2 Nr. 1 und des allgemeinen Gewaltverbots gem. Art. 2 Nr. 4 der Satzung überlagert wird. Einigkeit besteht im Ergebnis, dass die Klauseln heute keinen Regelungsgehalt mehr aufweisen und aus der Satzung der Vereinten Nationen zu streichen sind."
     Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zur Feindstaatenklausel ist hier einsehbar.
     Auch die 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte auf ihrer Regierungskonferenz vom 14. bis 16. September 2005 im Abschlussdokument die Streichung der "Feindstaatenklauseln" gefordert. Angesichts der von den Wissenschaftlichen Diensten dargelegten Einhelligkeit unter Völkerrechtlern, dass die Artikel 53 und 107 sowie ein Halbsatz im Artikel 77 aus der Charta der

Vereinten Nationen gestrichen werden sollten, fragte RT-Redakteur Florian Warweg auf der Bundespressekonferenz, ob die Bundesregierung Initiativen unternommen hat, um auf der 74. UN-Vollversammlung, die am 17. September 2019 beginnen wird, die entsprechenden Klauseln streichen zu lassen. Die Antwort der Bundesregierung besticht durch das zum Ausdruck gebrachte absolute Desinteresse an solchen völkerrechtlichen Erwägungen.
Quelle: RT Deutsch, 08.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Bundespressekonferenz: Bricht Bundeswehr-Einsatz in Syrien das Bundestagsmandat?**
  Am 31. Oktober läuft das Bundestagsmandat für den umstrittenen Bundeswehreinsatz in Syrien und Irak aus. Derzeit wird eine Verlängerung des Einsatzes diskutiert. Am 31. Oktober läuft das Bundestagsmandat für den umstrittenen Bundeswehreinsatz in Syrien und im Irak aus. Derzeit wird eine Verlängerung des Einsatzes diskutiert. RT fragte auf der BPK, wie sichergestellt wird, dass das Mandat nicht verletzt wird. Die Antwort überzeugt nicht. Die Bundesrepublik Deutschland ist im Irak und in Syrien ohne Rückendeckung durch ein UN-Mandat mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen und einem Tankflugzeug an Operationen gegen den "Islamischen Staat" beteiligt. Von Jordanien aus starten die Bundeswehrjets und liefern Bilder, mit deren Hilfe unter anderem die USA Luftangriffe ausführen. Das Bundestagsmandat für den Einsatz der Bundeswehr-Tornados ist ausschließlich auf die Aufklärung von Stellungen des IS beschränkt. RT Deutsch-Redakteur Florian Warweg wollte von der Bundesregierung wissen, wie die Bundeswehr bei massiv schrumpfenden Einflusssphären des IS sicherstellt, dass nur Stellungen des IS aufgeklärt werden und nicht etwa Gebiete unter Kontrolle der Syrischen Armee, was eine eklatante Verletzung des Bundestagsmandat darstellen würde. Die Antwort des Sprechers des Verteidigungsministerium verdeutlichte nochmals, auf welch dünnem völkerrechtlich und verfassungsrechtlichem Eis sich die Bundeswehr mit ihrem Einsatz in Syrien bewegt.

Quelle: RT Deutsch, 10.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

6. **10 Jahre Kundus: Bundesregierung rechtfertigt Bombardierung von Zivilisten mit alten Lügen**
Auch zehn Jahre nach der Bombardierung eines Tanklasters im afghanischen Kundus durch die Bundeswehr, bei der zahlreiche Menschen starben, rechtfertigt die Bundesregierung das damalige Vorgehen mit den gleichen fragwürdigen Argumenten. Das belegen die Antworten der Bundesregierung auf sechs Einzelfragen von Christine Buchholz. Die Verteidigungspolitikerin, die von 2011 bis 2013 Mitglied im Kundus-Untersuchungsausschuss war, hat jetzt zum 10. Jahrestag der Bombardierung zum Pressegespräch geladen, an dem auch ein Vertreter der Opfer teilnahm: Karim Popal, Anwalt der Opfer aus Kundus, kommt gerade von einer Reise aus Kundus zurück und berichtet von der Situation der Hinterbliebenen und dem Zustand der Gräber. Zudem informiert er über die Zivilklage beim Bundesverfassungsgericht zur Europäischen Menschenrechtskommission.
Außerdem nahm an der Pressekonferenz auch Rainer Braun, Geschäftsführer der deutschen Sektion der International Association of Lawyers against Nuclear Arms teil.
Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 03.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Hierzu auch "Zehn Jahre Kundus – Bundesregierung rechtfertigt Bombardierung von Zivilisten mit alten Lügen".

Bundestagspräsident wirft LINKE wegen stillen Gedenkens an Opfer des Kundus-Massakers raus
Am 4. September 2009 sind auf Befehl eines Bundeswehroffiziers zwei im Kundus-Fluss in Afghanistan steckengebliebene Lastkraftwagen ohne Vorwarnung bombardiert worden. Bei dem Angriff starben bis zu 140 afghanische Zivilisten, darunter zahlreiche Kinder. Am 26. Februar 2010 debattierte der Bundestag über eine Verlängerung des ISAF-Mandats der Bundeswehr. Mitglieder der Linksfraktion hielten im Anschluss an die Rede von Christine Buchholz zum Gedenken Schilder mit den Namen der Opfer des Kundus-Massakers hoch. Daraufhin wurde DIE LINKE vom damaligen Bundestagspräsidenten des Saals verwiesen – die einzige Fraktion, die Nein zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan sagte.
Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 03.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

7. **John Bolton Fired Over Libya Policy Or Taliban?**
   Quelle: The Jimmy Dore Show, 11.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Jimmy Dore [transkribiert]: *"John Bolton of course is a maniac. I'll still never know exactly why Trump put him in his cabinet, even though Trump promised to drain the swamp and then of course he drained the swamp and what was at the bottom of that swamp? His whole cabinet, guys like Elliott Abrams and John John Bolton. […] It couldn't be a better '911 gift' to America than to kick John Bolton to the curb."*

Lesen Sie hierzu auf den NachDenkSeiten "Bye Bye Bolton! Eine gute Nachricht … aber nicht für jeden".

8. **Vor 75 Jahren in Dachau ermordet: Mitglieder des sowjetischen Widerstands in Süddeutschland**
   Eine bis dahin wenig bekannte Untergrundorganisation, die "Bruderschaft der Gefangenen" (BSW) plante gegen Ende des Zweiten Weltkrieges den Sturz des NS-Regimes in München. Sie bestand aus sowjetischen KZ-Insassen und knüpfte Kontakte zu deutschen Antifaschisten.
   Eine ganze Sonderkommission der Gestapo wurde eingesetzt, um diese Untergrundkämpfer aufzudecken. Im Zuge der Racheaktion der SS wurden mehrere Hundert Personen ermordet.
   An einem Tag im September 1944 kamen im KZ-Dachau 92 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben. Der RT-Beitrag zeigt, wie heute an die Widerstandskämpfer im KZ-Untergrund erinnert wird.
   Quelle: RT Deutsch,

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

9. **Rolf Geffken: Trotz Putin? Russisches Arbeitsrecht scheut keinen Vergleich**
   Die hiesige mediale Berichterstattung zu Russland ist voller Vorurteile und Pauschalierungen. Schon das Wort "Putin" löst bei den meisten Menschen negative Assoziationen aus. Rolf Geffken möchte zum Abbau solcher Vorurteile beitragen. Der Autor des Buches „Umgang mit dem Arbeitsrecht" war zu Forschungszwecken in Russland und hat sich das russische Arbeitsrecht angesehen. Für weltnetz.tv vergleicht er dieses mit dem deutschen Arbeitsrecht.
   Quelle: weltnetzTV, 12.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

10. **Kabarett, Satire, Comedy und Co.**
    - **Bernie Pushes Russiagate But Establishment Still Hates Him**
      Quelle: The Jimmy Dore Show, 05.09.2019

      Externer Inhalt

      Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

      Inhalt von Youtube zulassen
      Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

      Anmerkung CG: *Hier wird – eingebettet in eine satirische Show – klar, warum Bernie Sanders auch nicht wirklich zu trauen ist.*

    - **9/11 endlich GEKLÄRT | CORRECTIV lobt RT | MERKEL-SCHLEIMERDOKU**
      Quelle: 451 Grad, 12.09.2019

      Externer Inhalt

      Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

      Inhalt von Youtube zulassen
      Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

      Lesen Sie zur angesprochenen ZDF-Doku auch auf den NachDenkSeiten von Tobias Riegel "Anti-Aufklärung im ZDF: Mythenbildung zur Migrationskrise".

      Der Abschlussbericht einer vierjährigen Studie der Universität Fairbanks, Alaska,

über den Zusammenbruch von WTC 7, ist hier zu finden.

- **AfD neoliberal? | Auf n' Kaffee mit Kani**
  Liegen die #FDP und #AfD gar nicht so weit auseinander? Auf'n Kaffe mit Kani – zur Landtagswahl in Brandenburg und #Sachsen!
  Quelle: 451 Grad, 09.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **CSYOU: Wo hat die alte, ranzige CSU den freshen Hipster ausgebuddelt? | heute-show vom 06.09.2019**
  Armin ist Moderator des neuen hippen CSU-Youtube-Kanals CSYOU. Die CSU wollte offenbar junge Menschen erreichen – und produzierte stattdessen einen riesigen Fail.
  Quelle: ZDF heute-show, 07.09.2019

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Song für Boris Johnson: Brexit Cowboy**
  Quelle: extra 3 | NDR

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **KLASSIKER von 2017 – maschek – Shortsplaining (als beide Protagonisten noch Außenminister waren)**
  Theresa May hat sich verspekuliert. Die Umfrageergebnisse versprachen einen hohen Gewinn bei den Wahlen.
  Quelle: Maschek, 14.06.2017

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen